

Ungewisse Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Notwendige deutsch-französische Reflexionen

Clouet, Louis-Marie; Marchetti, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Clouet, L.-M., & Marchetti, A. (2011). *Ungewisse Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Notwendige deutsch-französische Reflexionen*. (DGAP-Analyse Frankreich, 6). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55030-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPanalyse

Frankreich

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

September 2011 N° 6
ISSN 1865-701X

Ungewisse Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Notwendige deutsch-französische Reflexionen

von Louis-Marie Clouet und Andreas Marchetti



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs, eines Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, des Institut français des relations internationales und der

Robert Bosch **Stiftung**

Herausgeber und Redaktion:
Claire Demesmay und Katrin Sold

Kontakt: Claire Demesmay <demesmay@dgap.org>

Herausgeber:

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2011 DGAP

Zusammenfassung / Summary

Louis-Marie Clouet et Andreas Marchetti

Ungewisse Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Notwendige deutsch-französische Reflexionen

- In der »Deutsch-französischen Agenda 2020« vom Februar 2010 verließen Berlin und Paris ihrem Wunsch nach einer Revitalisierung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik Ausdruck und formulierten konkrete Maßnahmen künftiger Kooperation. Ein Jahr später sind nur wenige dieser Maßnahmen umgesetzt, und grundlegende Differenzen prägen die deutsch-französische Verteidigungs- und Sicherheitskooperation.
- Die Annäherung zwischen Frankreich und Großbritannien durch einen Kooperationsvertrag im Verteidigungs- und Nuklearbereich im November 2010 hebt den Stillstand der deutsch-französischen Zusammenarbeit in diesem Politikfeld besonders deutlich hervor und verweist auf die Enttäuschung Frankreichs über das mangelnde deutsche Engagement für die GSVP.
- Die tiefgreifenden Unterschiede in Bezug auf die Ausstattung, die Struktur und die politische Kontrolle der deutschen und der französischen Armee erschweren eine deutsch-französische »Motorfunktion« für eine europäische Verteidigungspolitik ebenso wie Haushaltszwänge, nationale Interessen im Bereich der Rüstungsindustrie oder die unterschiedliche strategische Kultur beider Staaten.
- In ihrem »Brief von Weimar« betonen die Außen- und Verteidigungsminister Polens, Deutschlands und Frankreichs ihre Absicht, der GSVP neuen Schwung zu verleihen. Ob dies gelingt, hängt vom politischen Willen der europäischen Akteure ab und erfordert eine gemeinsame Definition der Ziele ebenso wie eine pragmatische Umsetzung realistischer Maßnahmen.

Uncertainties for the Common Security and Defense Policy

Necessary Franco-German reflections

- In the “Franco-German Agenda 2010” of February 2010 Berlin and Paris express the hope to reactivate their cooperation in the field of foreign and defense policy, and define concrete measures for such a cooperation. One year after only a few of these measures have been realized and fundamental differences still characterize the Franco-German defense and security cooperation.
- Due to a cooperation agreement in November 2011 the rapprochement between France and Great Britain brings out the standstill of Franco-German cooperation in the field of defense and nuclear weapons, pointing out France’s disappointment at the lack of German commitment to the CSDP.
- The profound differences in equipment, structure and political control of the German and French army complicate the Franco-German “engine-acting” for a European defense policy. So do budgetary constraints, national interests in the field of the arms industry or differences in the strategic culture of both states.
- In their “Letter from Weimar” the foreign and defense ministers of Poland, Germany and France emphasize their purpose to give new impetus to the CSDP. Success will depend on the European actors’ political will and requires a general definition of the aims as well as the pragmatic implementation of realistic measures.

Inhalt

Einleitung	5
Die französisch-britische Annäherung in Bezug auf die GSVP	6
Enttäuschungen über das operative Engagement der EU	7
Die europäische Rüstungskooperation in der Sackgasse	9
Unterschiedliche Ansätze in der Außenpolitik	12
Der nukleare Antagonismus im Hintergrund	13
Welche Verteidigung für Europa?	13
Hoffnung auf eine bessere Zukunft?	15
Anmerkungen	17

Ungewisse Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Notwendige deutsch-französische Reflexionen

von Louis-Marie Clouet und Andreas Marchetti

Einleitung

Frankreich und Deutschland haben den Kampf gegen die Finanzkrise angeführt, was sich aus ihrem finanziellen und wirtschaftlichen Gewicht innerhalb der Europäischen Union, und ganz besonders innerhalb der Eurozone, ergab. Nur weil Berlin und Paris sich auf Kompromisse einigen konnten, wurden Abwehrmaßnahmen gegen die Finanz- und dann die Haushaltskrise der Länder der Eurozone möglich. Ein Gebiet der Politik sticht aber durch das Fehlen deutsch-französischer Übereinstimmung hervor: die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) sowie allgemeiner die europäische Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union.

Die internationale Lage macht eine bessere Abstimmung zwischen den europäischen Ländern notwendig, damit die Europäische Union die Entwicklungen vor ihren Toren beeinflussen kann. Doch die Umwälzungen in den arabischen Ländern im Süden des Mittelmeers und ganz besonders die Libyen-Krise machen überdeutlich, dass gemeinsame Analysen und Absprachen zwischen den europäischen Ländern, darunter an erster Stelle Frankreich und Deutschland, über die Ziele und Mittel der europäischen Nachbarschaftspolitik ausgeblieben sind. Diese Krise ist jedoch nur die Zuspitzung einer Situation, die bereits seit Jahren besteht.

Ein weiterer Faktor, der eine engere europäische Zusammenarbeit dringend notwendig macht, ist die Verschlechterung der staatlichen Finanzen im Laufe des Jahres 2010. Sie stellt eine sichere Finanzierung der Verteidigungspolitiken der europäischen Länder in Frage, die noch immer im nationalen Rahmen festgelegt werden. Doch fällt es den Staaten nach wie vor schwer, eine bessere Abstimmung ihrer Verteidigungshaushalte und ihrer Militärpotenziale zu akzeptieren. Auch auf Frankreich und

Deutschland trifft diese Feststellung zu: Die Verteidigungskooperation zwischen beiden Ländern ist von Ungewissheit geprägt, denn obwohl Berlin und Paris treibende Kräfte sein wollen, sind sie sich über die Ausrichtung der GSVP unschlüssig.

Nach dem Amtsantritt der schwarz-gelben Koalition im September 2009 erhoffte man sich eine Wiederbelebung der deutsch-französischen Zusammenarbeit nach einer Phase, in der die zurückhaltende Machtausübung der Großen Koalition bei der französischen Regierung, die viel rascher mit Entscheidungen zur Hand war, immer wieder auf Unverständnis gestoßen war.¹ In der »Deutsch-Französischen Agenda 2020«,² die im Februar 2010 dem deutsch-französischen Ministerrat vorgelegt wurde, äußerten die beiden Regierungen den Wunsch, auf allen Gebieten ihre Zusammenarbeit wiederzubeleben, insbesondere im Bereich der Verteidigungs- und der Außenpolitik. Die Absichtserklärung umfasste im Abschnitt 4 »Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik«³ ein ganzes Bündel an Maßnahmen. Ein Jahr nach Erscheinen der Agenda haben die beiden Regierungen noch immer große Schwierigkeiten, in den genannten Bereichen ihr Handeln besser abzustimmen und die angekündigten Maßnahmen umzusetzen.

Im Bereich der Verteidigungspolitik hat die französische Regierung eine spektakuläre Annäherung an die neue britische Regierung unter David Cameron vollzogen, die im November 2010 zur Unterzeichnung zweier Verträge über Verteidigung, Sicherheit und Nuklearfragen⁴ durch Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Premierminister Cameron führte. Gewiss, auch die Außen- und Verteidigungsminister Polens, Deutschlands und Frankreichs richteten Ende Dezember 2010 an die Hohe Vertreterin Catherine Ashton den sogenannten »Brief von Weimar«,⁵ in dem sie ihrem Willen zur Wiederbelebung der Gemeinsamen Sicherheits- und Vertei-

digungspolitik (GSVP) Ausdruck verliehen. Doch erst die Umsetzung der Ankündigungen wird zeigen, welche Früchte die deutsch-französische und darüber hinaus die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung tragen kann.

Der vorliegende Beitrag will die deutsch-französi- schen Blockaden in der Verteidigungspolitik, ange- sichts der französisch-britischen Annäherung, und ihre Auswirkungen auf die GSVP untersuchen sowie mögliche Konvergenzpfade skizzieren, die Paris und Berlin ihren europäischen Partnern vor- schlagen könnten.

Die französisch-britische Annähe- rung in Bezug auf die GSVP

Während der Vertrag von Lissabon am 1. Dezem- ber 2009 in Kraft getreten ist, wurden die Initia- tiven auf dem Gebiet der europäischen Verteidi- gung vornehmlich in einem bilateralen Rahmen und damit außerhalb der europäischen Gremien ergriffen. So haben Großbritannien und Frank- reich im Dezember 2010 in ihrer bilateralen Ver- teidigungszusammenarbeit einen großen Schritt voran gemacht.⁶ Die aktuelle französisch-britische Annäherung fällt in eine Phase des Stillstands in der Verteidigungszusammenarbeit zwischen Paris und Berlin, welche die Unsicherheit der beiden wichtigs- ten Förderer der GSVP widerspiegelt, welche Rich- tung diesem Politikfeld im neuen Rechtsrahmen des Lissabonner Vertrags zu geben sei. In diesem Sinn kann der französisch-britische Vertrag weniger als ein Sprengsatz, sondern vielmehr als ein Spiegel gesehen werden, der die Blockaden der deutsch- französischen Zusammenarbeit bei der Verteidi- gung und GSVP enthüllt.

Um den französisch-britischen Vertrag zu begrün- den, heben die beiden Regierungen die Über- schneidung ihrer internationalen Interessen und der Wahrnehmung ihrer Rolle auf der internationalen Bühne hervor: »Unsere beiden Länder teilen die- selbe geostrategische Analyse, denselben politischen Willen und dasselbe Gefühl der Dringlichkeit.«⁷ Die Gefahr einer »strategischen Herabstufung« durch die Haushaltskürzungen auf der jeweils anderen Seite des Kanals erzwang diese Annäherung. Frank-

reich und Großbritannien sind die beiden einzigen europäischen Länder, die Ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats sind und über Kernwaffen ver- fügen, was ihnen auf der internationalen Bühne besondere Verantwortlichkeiten auferlegt. Diese beiden Länder, die zusammen mehr als 50 Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben sowie zwei Drittel der Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung in Europa aufbringen, haben ein fast natürliches Interesse daran, sich zusammen zu tun, um Kooperationen auf dem Gebiet von Ver- teidigung und Rüstung zu fördern.

Für sich genommen wurde der französisch-briti- sche Vertrag von deutscher Seite offiziell als völlig legitim begrüßt, da er die notwendige französisch- britische Nuklearzusammenarbeit und den Mehr- wert der Initiative für die Verbesserung der euro- päischen Militärpotenziale betont und somit den europäischen Charakter der bilateralen Zusamen- arbeit hervorhebt.⁸ Dennoch werfen jenseits dieser offiziellen Lesart mehrere Entwicklungen für Berlin Fragen auf: die französisch-britische Initiative spie- gelt eine Neuorientierung – deren Ausmaß noch zu ergründen ist – der französischen Verteidigungspo- litik wider:

- bezüglich des französischen Engagements zugunsten einer Weiterentwicklung der GSVP und
- angesichts der Tatsache, dass die GSVP wegen der britischen Ablehnung, der EU Kompetenzen auf dem Gebiet der Verteidigung zu übertragen, sowieso in die ausschließliche Kompetenz des Rates fällt, also einer strikt intergouvernementa- len Verfahrensweise unterliegt.

Auf der politischen Ebene unterstreicht die Über- einstimmung der geopolitischen Einschätzungen und der Interessen Frankreichs und Großbritanni- ens, dass eine derartige Konvergenz zwischen Paris und Berlin viel weniger gegeben ist. Zweifellos fehlt ein strategischer Dialog auf hohem Niveau zwischen beiden Hauptstädten, insbesondere um die GSVP mit Leben zu füllen, oder aber zumin- dest eine Annäherung deutscher und französischer Interessen herbeizuführen, die Rolle Europas auf der internationalen Bühne zu definieren oder sich auf europäische Interessen zu einigen und darüber

zu verständigen, in welchen Zonen derartige Interessen verteidigt werden müssen.⁹ Die französisch-britische Annäherung muss jedoch langfristig und mit Blick auf alle Themenaspekte beurteilt werden: In dieser Beziehung bildet die unterschiedliche Bedeutung, die London und Paris der GASP und der GSVP beimessen, selbst bereits einen fundamentalen Meinungsunterschied. Dies betrifft insbesondere die Meinung über die Rolle, welche die Europäische Union auf der internationalen Bühne spielen kann. Ähnliches gilt für die Haltung gegenüber der NATO, es sei denn Paris entwickelt seine Position nach seiner Reintegration in die Militärstruktur des Atlantischen Bündnisses noch weiter.

Auf operativer Ebene sind Frankreich und Großbritannien die beiden wichtigsten europäischen Militärmächte, wobei sich beide – noch – bemühen, etwa zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigungsausgaben aufzubringen, was die im Rahmen des Atlantischen Bündnisses geforderte Mindesthöhe ist. Die beiden Streitkräfte besitzen ein militärisches Potenzial sowie Interventionsmittel, die einander näher sind als den deutschen Streitkräfte, was auf die politischen, rechtlichen und operativen Probleme verweist, welche die Einsatzbeschränkungen der Bundeswehr aufwerfen (vgl. unten).

Ein drittes Feld der Zusammenarbeit bilden bilaterale Initiativen im Rüstungsbereich, die durch die Nähe der geopolitischen Einschätzung sowie die operativen Bedürfnisse der britischen und der französischen Streitkräften ermöglicht werden. Diese dritte Dimension unterstreicht wiederum im Umkehrschluss die Schwierigkeiten der französisch-deutschen und der europäischen Zusammenarbeit im Rüstungssektor.

Der französisch-britische Vertrag stellt sich faktisch als eine bilaterale Initiative dar, die sich positiv für ein Europa der Verteidigung auswirkt, indem sie die Militärpotenziale aufrechterhält, welche die europäische Verteidigung angeblich so dringend benötigt. Doch der Vertrag wird in Paris und London auch als ein Weckruf an die übrigen europäischen Partner dargestellt: »Die Franzosen und die Briten werden nicht ewig warten und sind zunehmend ungeduldig angesichts des Zauderns ihrer

europäischen Partner auf militärischem Gebiet.«¹⁰ Frankreich kooperiert in Verteidigungsfragen mit Großbritannien, weil es sich dabei um das einzige Land handelt, das sich weiter auf dem Gebiet der Verteidigung engagiert – insbesondere was die Staatsausgaben betrifft – und weil Paris nicht mehr ohne glaubwürdige Unterstützung und Hilfe von Seiten seiner europäischen Partner allein die GSVP tragen will: »Ihre Suche nach Partnern für den Ausbau von Europas militärischer Interventionsfähigkeit ist erfolglos geblieben. Deutschland – von Frankreich explizit zur Teilnahme aufgefordert – sah sich außerstande, einem trilateralen Handeln in der Rüstungskoooperation zuzustimmen.«¹¹ Der also immer noch umworbene wesentliche Partner bleibt Berlin und darüber hinaus die anderen europäischen Länder.

Enttäuschungen über das operative Engagement der EU

Der französisch-britische Vertrag sieht die Schaffung einer waffengattungsübergreifenden Eingreiftruppe vor: »Diese Truppe wird die drei Teilstreitkräfte zusammenführen. Sie wird eine bodengestützte Einheit in Brigadegröße umfassen, eine Marine- und eine Luftwaffeneinheit mitsamt ihren dazu gehörenden Stäben, dazu Logistik- und Unterstützungseinheiten. Es handelt sich dabei nicht um eine ständige Streitkraft, doch sie wird kurzfristig einsatzbereit sein für bilaterale Einsätze, für Einsätze der NATO, der Europäischen Union, der Vereinten Nationen sowie für andere Einsätze.«¹²

Die Aufgabe dieser französisch-britischen Truppe ist die Entsendung von Einsatzkräften in einer akuten Krise, die einen Militäreinsatz nötig macht, wahrscheinlich auf afrikanischen Schauplätzen, wo es sich nach den Erfahrungen der Einsätze EUFOR Demokratische Republik Kongo, EUFOR Tschad/ZAR inzwischen als viel schwieriger herausgestellt hat, europäische Einheiten zu gewinnen.¹³

Diese streitkraftübergreifende gemeinsame Einsatztruppe spiegelt die Lehren aus den Beschränkungen der Deutsch-Französischen Brigade und des

Eurokorps wider:¹⁴ Eine übergreifende, nichtständige, aber rasch einsetzbare »Expeditions«-Truppe, die auch »robust« eingreifen kann, waren bislang weder die Deutsch-Französische Brigade noch das Eurokorps, weil sie aus Einheiten bestehen, die Einsatzbeschränkungen (Autorisierung durch den Bundestag und allgemeine Vorbehalte) unterliegen. Obwohl die Deutsch-Französische Brigade, das Eurokorps oder die europäischen »Battlegroups« das Potenzial der Europäer symbolisieren sollen, Streitkräfte bei auswärtigen Operationen einsetzen zu können, sind sie noch immer nicht im Rahmen der GSVP zum Einsatz gekommen. Vor allem unterscheiden sich die Einsatzbedingungen in Deutschland, Frankreich und den anderen Ländern, die Truppenteile an die Einheiten entsenden, zu sehr, als dass gemeinsame Einsätze ohne Probleme zustande kommen könnten. Mögliche Einsatzbedingungen und Vorbehalte sind eng verknüpft mit der Souveränität der Länder, der Autorisierung zum Streitkräfteeinsatz und zur Gewaltanwendung.

Die Deutsch-Französische Agenda 2020 unterstreicht die Notwendigkeit des »Ausbaus der Einsatzfähigkeit der Deutsch-Französische Brigade und darüber hinaus von verstärkten gemeinsamen Beratungen mit Blick auf gemeinsame Einsätze«. Die Deutsch-Französische Brigade ist als Symbol für die deutsch-französische Zusammenarbeit geschaffen worden: Sie zeugt von der Intensität der Beziehungen zwischen den französischen und den deutschen Streitkräften und sie spielt eine Rolle als Laboratorium für die multinationalen europäischen Einheiten. Doch das Experiment stößt an seine Grenzen. Die Deutsch-Französische Brigade wird regelmäßig bei auswärtigen Einsätzen verwendet, beispielsweise auf dem Balkan in den neunziger Jahren. Auch im Kosovo wird sie im Jahr 2011 eingesetzt, unter einheitlichem Befehl und unter dem Kommando der NATO. Doch in Afghanistan werden die deutschen Einheiten unter deutschem Befehl im Norden eingesetzt und die französischen Einheiten unter französischem Befehl im Osten, da die beiden Zonen nach offiziellen Angaben zu weit auseinander liegen, um einen gemeinsamen Einsatz zu realisieren.

Die gegenwärtige Reform der Bundeswehr soll diese in eine »Armee im Einsatz« verwandeln, ein vom früheren Verteidigungsminister Karl-Theodor

Freiherr zu Guttenberg bekräftigtes Ziel: Die Reform sieht die Aussetzung der Wehrpflicht und die Modernisierung der Strukturen des Ministeriums wie auch der Streitkräfte angesichts starker Reduzierungen des Haushalts vor.¹⁵ Wenn es dem neuen Verteidigungsminister Thomas de Maizière gelingt, diese grundlegende Reorganisation zum Erfolg zu führen, wird diese Reform zwangsläufig die Konvergenz der Einsatzbedingungen und der Bedürfnisse der Bundeswehr mit denen der französischen und der britischen Streitkräfte fördern, die bereits als Berufsmilitären strukturiert sind.

Ganz gewiss wird die Bundeswehr aber eine »Parlamentsarmee« bleiben. Der Bundestag wird seine Kompetenz einer Genehmigung auswärtiger Einsätze der Bundeswehr wahren und wird weiter ausdrücklich das Mandat des Einsatzes, die Dauer, die Einsatzzone, die Höchstzahl der entsandten Soldaten sowie die Einsatzbedingungen festlegen.¹⁶ Somit ist es nicht vorstellbar, dass im Voraus Fälle festgelegt werden, in denen die Bundeswehr eingesetzt werden kann. In den Augen der deutschen politischen und militärischen Verantwortlichen bildet die Frage der Schnelligkeit der Entscheidung kein Hindernis: Ihrer Meinung nach wird es nur selten nötig sein, innerhalb von 24 Stunden einen Streitkräfteeinsatz im Ausland zu beschließen.¹⁷ Die Abgeordneten von der Notwendigkeit eines Einsatzes zu überzeugen, bleibt also zentrale Voraussetzung für ihre Zustimmung, die Abstimmung im Bundestag kann folglich aber auch zu einem »dauerhaften Plebiszit, ein Drahtseilakt der Innenpolitik«¹⁸ werden. Kompromisse zwischen Parteien, innenpolitische Machtspiele und der Druck der öffentlichen Meinung auf die Exekutive und die Legislative können aber letztendlich zu einer Einschränkung der Effizienz der Bundeswehr vor Ort führen.¹⁹ Dennoch ist das demokratische Gütesiegel für den Einsatz der Streitkräfte durch die Abstimmung im Bundestag tief in der deutschen politischen Kultur und Strategie verankert.

Die deutsche öffentliche Meinung wandelt sich in Bezug auf die Streitkräfte: Die gegenwärtige Missbilligung zielt auf den Sinn der Intervention der NATO in Afghanistan sowie die Beteiligung der Bundeswehr, wobei insbesondere der Nutzen zur Stabilisierung der Sicherheitslage in Deutsch-

land in Frage gestellt wird.²⁰ Die Argumentation der verantwortlichen deutschen Politiker, die einen Ansatz von »Sicherheit und Entwicklung« verfolgen, förderte zunächst die Akzeptanz des Einsatzes, der im Wesentlichen als eine Stabilisierungsoperation der Konfliktnachsorge und als Hilfe für Entwicklung und die Errichtung eines Rechtsstaats in Afghanistan dargestellt wurde.²¹ Die Ausweitung der Einsätze hin zu Operationen gegen Aufständische hatte eine zunehmende Gewaltanwendung zur Folge, samt den damit einhergehenden Fehlschlägen,²² und hat die politische Sprachregelung zur Rechtfertigung der Bundeswehreinätze ins Wanken gebracht. Künftige Auslandseinsätze einer Berufarmee werden einer umso strengeren Kontrolle durch das Parlament und die öffentliche Meinung unterworfen sein, wobei insbesondere letztere von ihrer pazifistischen Grundhaltung geprägt bleibt: Die Professionalisierung »darf nicht zu einer erhöhten Einsatzfreudigkeit führen, die sich in einer Ausweitung vorhandener Mandate oder einer schnellen Zustimmung zu neuen Missionen äußern könnte.«²³

Die Reform der Bundeswehr wird daher das Dilemma der deutschen Verteidigungspolitik nicht lösen, ja, sie könnte es sogar verschärfen: Deutschland könnte von seinen Partnern in der NATO und der Europäischen Union zunehmend unter Druck gesetzt werden, sich mit seiner reformierten Bundeswehr verstärkt bei Einsätzen zu engagieren; auch dürfte es schwierig werden, eine Verweigerung von Einsätzen unter UN-Mandat im Rahmen der GSVP zu rechtfertigen, da hier zugleich die Glaubwürdigkeit der deutschen Ambitionen auf einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf dem Spiel stehen. Für jeden Einsatz europäischer Streitkräfte im Rahmen einer Operation der GSVP wird die Zustimmung Berlins entscheidend sein, einerseits, um einen Konsens der europäischen Länder über die Ziele und Modalitäten einer derartigen Operation herzustellen, und zum Anderen in Bezug auf den konkreten Beitrag deutscher Streitkräfte zum Truppenkontingent. Die Einschränkungen aufgrund der notwendigen politischen Rechtfertigung bergen die Gefahr, die Möglichkeit eines Einsatzes der Bundeswehr und, darüber hinaus, der europäischen »Battlegroups« bei »robusten« Operationen der GSVP deutlich zu reduzieren. Die politische Rechtfertigung ist jedoch

zugleich ein wesentliches Element der Legitimation des Engagements europäischer Einheiten.

Diese Überlegungen stellen die deutsche parlamentarische Kontrolle nicht in Frage: Im Gegenteil leidet vielmehr das französische System zweifellos unter einer mangelhaften Einbeziehung der Legislative und somit der öffentlichen Meinung, was die Ziele und Modalitäten der Entsendung der französischen Streitkräfte angeht. Doch der tief gehende Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich in Bezug auf den Einsatz der Streitkräfte stellt ein bedeutendes Hindernis für die Ausweitung der bilateralen Verteidigungskooperation und für die Vertiefung der GSVP dar.

Die europäische Rüstungskooperation in der Sackgasse

Die Rüstungszusammenarbeit ist derzeit ein weiterer Punkt fundamentaler Blockaden der europäischen Verteidigungskooperation. Der französisch-britische Vertrag – ungeachtet aller Vorbehalte, was seine wirksame Umsetzung angeht – weist auch hier auf die Schwierigkeiten hin, die bei der multilateralen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene aufgetreten sind.

Der französisch-britische Vertrag schlägt ein pragmatisches Vorgehen vor, das auf der Definition des gemeinsamen Bedarfs der britischen und der französischen Streitkräfte begründet sein soll: Die Ähnlichkeiten im Aufbau der beiden Armeen und ihres operativen Einsatzes erleichtern die Suche nach gemeinsamen Lösungen bei Rüstungsgütern. Der Einsatz in Afghanistan war der Anlass für eine Annäherung der beiden Ministerien, die gemeinsame Ausschreibungen oder gar das »Aufspringen« bei Eilkäufen durch den Partner ermöglichte.²⁴ Die gemeinsame französisch-britische Erklärung enthält mehrere wichtige Initiativen im Bereich der Rüstungsgüter, die auch die Folge europäischer Konvergenzprozesse hätten sein können:²⁵ ein Plan für die Unterstützung der künftigen Flotten des A400M-Transportflugzeugs, für die Logistik, die Wartung und die Ausbildung; eine Studie über das Kooperationspotenzial bei militärischen Kommunikations-

satelliten;²⁶ die Luftbetankung, mit einer möglichen französischen Beteiligung am britischen Programm Future Strategic Tanker Aircraft, was in der Folge den Kauf von Tankflugzeugen des Typs MRTT von Airbus durch die französische Luftwaffe verschoben würde. Die Kooperation auf dem Gebiet der Raketen soll sowohl im strategischen wie auch im industriellen Bereich gestärkt werden, mit einer Verdichtung der Raketenindustrieanbieter um das europäische Rüstungsunternehmen MBDA.

Was ein größeres Hindernis für die europäische Verteidigungszusammenarbeit darstellt, ist die Planung einer französisch-britischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gefechtsdrohnen, vor allem bei der künftigen Generation der Überwachungsdrohnen mittlerer Höhe und hoher Verweildauer (MALE: medium altitude, long endurance). Dieses Projekt brächte die Firmen BAE Systems und Dassault zusammen, wobei der Vorstandsvorsitzende von Dassault, Charles Edelstenne, jegliche Zusammenarbeit mit EADS bei diesem Projekt abgelehnt hatte.²⁷ Mit dieser klaren Zusage an Großbritannien kehrt Frankreich dem französisch-deutsch-spanischen Drohnenprojekt Talarion den Rücken, das von einer von den drei Förderländern finanzierten Risikostudie profitiert hatte. Damit zerstört Frankreich – wenn auch vielleicht nur vorläufig, denn EADS erwägt, sich für die französisch-britischen Ausschreibung zusammen mit britischen Unternehmen ebenfalls zu bewerben – die Aussicht auf ein Programm, das für die französische und die deutsche, aber auch die europäische Verteidigungsindustrie strukturierend gewirkt hätte. Es besteht die Gefahr, dass durch diese Richtungsänderung der Reihe an Fehlschlägen der europäischen Verteidigungspolitik ein weiterer hinzugefügt wird, der die gleichen Probleme aufzeigt: die Entwicklung mehrerer ähnlicher Rüstungsprogramme mit ihrer Duplikation von Ausrüstungstypen, die Schaffung innereuropäischer Konkurrenz sowie die überflüssigen Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Rahmen von Haushalten, die bereits jetzt äußerst angespannt sind.

Die deutsch-französische Agenda 2020 unterstrich den gemeinsamen Willen von Berlin und Paris, die »Einrichtung eines Dialogs über industrielle Fragen mit Rüstungsbezug mit dem Ziel einer Rationalisie-

rung des Sektors sowie Konsultationen über Ausrüstungsprojekte zu Beginn des Prozesses im Kreis unserer Partner durch die Europäische Verteidigungsagentur sicherzustellen.«²⁸ Beide Ziele wurden bislang nicht umgesetzt.

Um der Abstimmung bei Rüstungsvorhaben Schwung zu verleihen, ist auf Initiative der beiden damaligen Verteidigungsminister, Hervé Morin und Karl-Theodor zu Guttenberg, eine Impulsgruppe²⁹ gegründet worden: Diese Gruppe versammelte die Hauptverantwortlichen der beiden Verteidigungsministerien (Generalstäbe, Délégation aux Affaires Stratégiques (DAS), Planungsstab, Direction générale d'armement (DGA) und Hauptabteilung Rüstung) unter Leitung der DAS und des Planungsstabs. In sechs Monaten sollte die Gruppe in Vorbereitung des deutsch-französischen Ministerrats in Freiburg im Dezember 2010 neue Ideen für Kooperationen entwickeln. Nach einem einmaligen Zusammentreffen wurde das Mandat der Gruppe bis Sommer 2011 verlängert. Doch bleibt offen, inwieweit die Gruppe neue Ideen für Kooperationen entwickeln kann, da ihre Arbeit in den kommenden Monaten durch die anstehende Reform des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) blockiert werden könnte.

Grundsätzlich stellt die Rüstungskooperation eher einen Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland als einen Faktor der Zusammenarbeit dar, was sich auch auf die Rüstungskooperation auf europäischer Ebene auswirkt. Die multilateralen Programme der Rüstungskooperationen werden wegen ihrer Fehlleistungen inzwischen als abschreckende Beispiele angesehen: Preisaufschläge, gestiegene Komplexität, Verzögerungen, zu detaillierte Spezifizierungen, Politisierung industrieller Fragen. Zudem banden die Programme Aufmerksamkeit, Mittel und die politische Energie unterschiedlicher Akteure, was sich zum Nachteil anderer gemeinsamer Rüstungsprogramme auswirkte. Die Tendenz der französischen Neuorientierung auf dem Gebiet der Rüstungszusammenarbeit ist umso problematischer, als in der Vergangenheit die Partnerschaft mit Deutschland die wichtigste gewesen ist: Bei den zwischen 1958 und 1998 durchgeführten 32 Programmen bilateraler Zusammenarbeit war das deutsch-französische Paar 14 Mal präsent (bei 16

bilateralen Kooperationen Deutschlands, gegenüber 8 britisch-französischen Kooperationen). Jean-Paul Hébert äußerte daher: »Wenn das Gründungspaar das französisch-britische Paar war, so war das strukturbildende Paar, das rasch diese Rolle übernommen hat, das deutsch-französische Paar.«³⁰ Die Hauptpartner Frankreichs auf dem Gebiet der Rüstung sind zur Zeit Italien, mit dem Frankreich gegenwärtig die meisten Programme durchführt, und in Folge der Beschlüsse vom November 2010 Großbritannien, das zusammen mit Frankreich die höchsten Investitionen auf dem Gebiet der Verteidigung tätigt.³¹

Häufig wird das Programm des Transportflugzeugs A400M vor allem wegen seiner Durchführung und seinen Kostensteigerungen kritisiert, doch lässt sich daraus wohl kaum ablesen, in welchem Maß es die Partner »erschöpft« und damit künftigen Initiativen einer strukturierenden Kooperation für die europäischen Staaten und Industrien geschadet hat. Frankreich und Deutschland waren sich immer wieder uneinig, wie mit den Mehrkosten des A400M-Programms zu verfahren sei. Frankreich betonte die strategische Notwendigkeit, über einen derartigen Projektionsvektor verfügen zu können, und das Erfordernis, die europäische Verteidigungsindustrie politisch zu unterstützen. Berlin hingegen unterstrich, dass die Mehrkosten und die Nichteinhaltung der Verträge nicht hinnehmbar seien. Schließlich konnte dennoch eine Einigung erzielt werden, um die für die Realisierung des Programms notwendigen 7,6 Milliarden Euro aufzubringen, wobei 3,5 Milliarden von den Staaten übernommen werden.³² Trotzdem haben diese Konfrontationen Spuren hinterlassen. Die jüngsten Ankündigungen von Kürzungen bei der Beschaffung in mehreren Kooperationsprogrammen durch das deutsche Verteidigungsministerium schafft neue Schwierigkeiten zwischen Paris und Berlin: beim Tiger-Hubschrauber von 80 auf 40 Stück,³³ beim A400M von 53 auf 40 Stück.³⁴ Die absehbare Verringerung des Beschaffungsziels für den A400M³⁵ bringt die Vereinbarung über die Aufteilung der Produktion ins Ungleichgewicht.³⁶ Der Verkauf ins Ausland der 13 überzähligen Flugzeuge, die das BMVg zum Kauf vorgesehen hatte, wird in Konkurrenz zu Airbus Military geschehen und wird deshalb letzten Endes die Rentabilität des Programms belasten.

In Frankreich ergeben sich die Rüstungsprogramme mehr aus der Notwendigkeit der operativen Verwendung der Güter, die für die Streitkräfte entwickelt werden und für diese bestimmt sind; sie entsprechen außerdem dem Gebot der Unterstützung für eine Industrie, die als strategisch angesehen wird. In Deutschland ist dieses Ziel im Vergleich mit den Zielen der Industrie- und Technologiepolitik weniger präsent, was nicht ohne Auswirkungen auf die Bundeswehr bleibt, wie es der Bericht der Strukturkommission über die Reform des BMVg hervorgehoben hat.³⁷

Diese Schwierigkeiten der deutsch-französischen bilateralen Rüstungszusammenarbeit fallen in eine Zeit, in der tiefe Einschnitte in die europäischen Verteidigungshaushalte vorgenommen werden. Diese Kürzungen werden wahrscheinlich vor allem das Rüstungsbudget – als Anpassungsvariable der Verteidigungshaushalte – betreffen und die Kooperationsprojekte, um Programme zu begünstigen, die deutlicher den nationalen Industrien Gewinn bringen – falls sich die europäischen Verteidigungsministerien in den kommenden Monaten nicht um eine klare Abstimmung bei den Kürzungen der Ausgaben für Rüstungsgüter bemühen werden. Offiziell bringen die Sparmaßnahmen die Minister dazu – wie beispielsweise der im deutsch-französischen-polnische Brief von Weimar oder auch eine deutsch-schwedische Initiative zeigt –, Maßnahmen zu ergreifen, die bereits seit Langem bekannt sind: Zusammenlegung (pooling) und Teilung (sharing) von Ressourcen sowie Spezialisierung. Es ist klar, dass kein einziges europäisches Land mehr alleine die Finanzierung und die Produktion der gesamten Palette von Produkten, die moderne Streitkräfte benötigen, übernehmen kann. Die steigenden Kosten für die Entwicklung von technikintensiven Rüstungsprogrammen und die Haushaltszwänge veranlassen ein Umdenken. Doch die Durchführung dieser Maßnahmen gerät in Konflikt mit dem Anspruch der nationalen Souveränität und mit der Definition konkreter Verfahren zur Umsetzung des Teilens oder der Spezialisierung. Sie setzen Vertrauen zum Partner und vor allem den politischen Willen voraus, ein mögliches Widerstreben der Verwaltungen zu überwinden, wenn derartige Aufteilungen beschlossen und umgesetzt werden müssen. Die kulturellen Unterschiede und die Dif-

ferenzen zwischen Personen, die in den Gremien mit der Rüstungspolitik in Deutschland und in Frankreich befasst sind, leisten keinen Beitrag zur Überwindung dieser Blockaden. Die Vorbehalte der beiden Länder, die Europäische Verteidigungsagentur einzubinden, stellen eine weitere Bremse für die Entwicklung eines Bereichs dar, der für die GSVP notwendig ist.

Unterschiedliche Ansätze in der Außenpolitik

Die tief greifenden Unterschiede beim Einsatz von Streitkräften und in der Rüstungspolitik verweisen letztendlich auf die mangelnde Übereinstimmung zwischen Frankreich und Deutschland über die Ziele und Mittel einer Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union, über die jeweiligen Rollen der Staaten, des Atlantischen Bündnisses und der EU in der Verteidigungs- und Außenpolitik.

Das Fehlen einer Koordinierung in der NATO

Die Rückkehr Frankreichs in die integrierte Militärstruktur der NATO ließ eine Konvergenz von Paris und Berlin innerhalb der Atlantischen Allianz erhoffen. Die beiden Regierungen kündigten an, einen »gemeinsame[n] Beitrag zur transatlantischen Sicherheit durch ein nachhaltiges Bekenntnis zu den Zielen und Werten der Atlantischen Allianz und für einen neuen Impuls zu ihrer Weiterentwicklung und Reform« zu leisten.³⁸

Gewiss konnte die deutsche Regierung kaum anders, als ihre Freude über eine »Normalisierung« der französischen Position zum Ausdruck zu bringen, die aus deutscher Sicht bereits deutlich das Unwohlsein angesichts der traditionellen französischen Position des Misstrauens gegenüber der transatlantischen Beziehung und einer Vorherrschaft der Vereinigten Staaten verringerte, während Berlin immer sein Festhalten an der transatlantischen Verbindung hervorgehoben hat.³⁹ Doch die Rückkehr Frankreichs hatte auch die konkrete Folge, dass es notwendig wurde, mehr französische Offiziere im Innern der Organisation zu platzieren, zum Teil zum Nachteil für deutsche Offiziere.

Jedoch nutzten die beiden Länder, die sonst die engste Partnerschaft in der Europäischen Union pflegen, die Rückkehr Frankreichs nicht für eine nachhaltige Initiative zugunsten der Schaffung einer »europäischen Säule« im Innern der Allianz oder eine Stärkung der Bindung zwischen der EU und der NATO, die noch immer durch die Auseinandersetzung zwischen Zypern und der Türkei blockiert werden.

Paris und Berlin appellieren erneut nachdrücklich für »verstärkte deutsch-französische Konsultation zu Afghanistan, um die Abstimmung unserer Anstrengungen im Rahmen der NATO und der EU zu verbessern,«⁴⁰ doch die Bemühungen richten sich noch auf Abstimmungen, deren Ergebnisse sich erst noch zeigen müssen. Auf dem afghanischen Schauplatz steuert jedes Land seinen Einsatz auf rein nationaler Grundlage, sei es bei der Zahl der eingesetzten Soldaten, bei deren Auftrag, bei den auferlegten Vorbehalten, bei den verschiedenen Einsatzzonen – alles Hindernisse für ein gemeinsames Vorgehen. Was die Anpassungen von Waffen und Ausrüstungen an die Bedingungen des afghanischen Einsatzes angeht, so entwickeln sich Kooperationen für Beschaffungen aus operativer Notwendigkeit eher zwischen Paris und London denn mit Berlin. Die Erklärungen der deutschen Regierung über den potenziellen Abzugszeitplan für die deutschen Einheiten aus Afghanistan sind so gut wie nicht abgestimmt mit dem französischen Partner. Zudem scheinen beide Länder gleichermaßen nicht genug Gewicht zu besitzen, um auf die NATO-Strategie in Afghanistan einzuwirken, die von Washington gesteuert bleibt.

Frankreich bestand zudem auf eine Strukturreform des Bündnisses, auf die Abschaffung überflüssiger Gremien und auf die Verringerung der Ausgaben für überdimensionierte Stäbe. Bei diesem Thema wurden den deutschen Entscheidungsträgern Vorschläge über ein abgestimmtes Handeln bei Sparmaßnahmen gemacht, in der Hoffnung, dass die Notwendigkeit sparsamer Haushaltsführung und der Kontrolle von Ausgaben in Berlin auf ein wohlwollendes Echo stoßen würde.⁴¹ Die Schließung von NATO-Stützpunkten wird jedoch bedeutende Auswirkungen in Deutschland haben: Zahlreiche Einrichtungen der NATO befinden sich

in Deutschland, und ihre Schließung würde den Widerstand der betroffenen Kommunen und Bundesländer hervorrufen, von denen einige bereits von der Schließung deutscher Standorte im Rahmen der Bundeswehrreform betroffen sind.

Der nukleare Antagonismus im Hintergrund

Der französisch-britische Vertrag und die Erklärung über die Zusammenarbeit bei Verteidigung und Sicherheit vom 2. November 2010⁴² verweist außerdem auf eine Kooperation zwischen Frankreich und Großbritannien auf dem Gebiet der Kernwaffen. Die Vereinbarung sieht vor, dass Großbritannien Zugang zum Simulationszentrum von Valduc bekommt und beide Länder ein gemeinsames Zentrum für Technikentwicklung in Aldermaston schaffen werden. Diese Vereinbarung zielt darauf ab, das Nuklearpotenzial der beiden einzigen europäischen Länder aufrecht zu erhalten, die über Kernwaffen verfügen.

Offiziell wird dieser Teil der Vereinbarung von Berlin als völlig legitim angesehen, da Deutschland über keine Kernwaffen verfügt und sie auch nicht anzuschaffen wünscht.⁴³ Frankreich, Deutschland und Großbritannien sind sich einig im Kampf gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und engagieren sich im Rahmen der EU3 für Verhandlungen mit dem Iran über die Abschaffung des iranischen Atomprogramms. An diese Zielsetzung erinnert auch die Deutsch-Französische Agenda 2020: Die deutsche und die französische Regierung möchten »gemeinsame Anstrengungen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Flugkörpern sowie zur Förderung der weltweiten Abrüstung durch konkrete und realistische Maßnahmen« unternehmen.⁴⁴

Dennoch bleibt die Nuklearfrage ein zwischen den beiden Ländern äußerst umstrittenes Thema der Verteidigungspolitik. Aus Sicht der deutschen militärischen und politischen Verantwortlichen sind Kernwaffen nicht mehr den aktuellen Bedrohungen angemessen, weshalb in ihren Augen die Kosten von Kernwaffen bei weitem deren Nutzen übersteigen: Tatsächlich sind die Kosten des französischen

Nukleararsenals langfristig nicht tragbar, insbesondere, wenn man die Auswirkungen auf den Haushalt zur Ausrüstung der konventionellen französischen Streitkräfte beachtet.⁴⁵ Mit der Formulierung der Aussicht auf eine vollständige Abschaffung der Nuklearwaffen unter dem Schlagwort »Total Zero«, ein inzwischen etwas weiter nuanciertes Konzept, hat der Widerstand gegen Kernwaffen in Europa bedeutenden Widerhall gefunden.⁴⁶ Der deutsche liberale Außenminister Guido Westerwelle tritt für den Abzug der amerikanischen Kernwaffen vom deutschen Gebiet ein, was sowohl im Programm der FDP als auch im Koalitionsvertrag festgehalten ist.⁴⁷

Die französisch-britische Erklärung, wiederaufgenommen im neuen Strategischen Konzept der NATO, das auf dem Lissabonner Gipfel im Dezember 2010 vorgelegt wurde, war eine deutliche Erinnerung daran, dass die NATO ein nukleares Bündnis bleibt.⁴⁸ Die französische Unterstützung für die britische Abschreckung, konkretisiert im französisch-britischen Vertrag, steht in engem Verhältnis zu dieser Besorgnis um die langfristige Zukunft der zwei Kernwaffenarsenale in Europa. Falls sich die amerikanische Garantie mittel- oder langfristig abschwächt, falls der Druck zu einer nuklearen Abrüstung zunimmt, wie lange könnten dann Frankreich und Großbritannien die Beibehaltung ihres Arsenalts rechtfertigen?⁴⁹ Welche Haltung wird dann Berlin einnehmen, steht doch die deutsche Öffentlichkeit zu einem großen Teil bereits der zivilen Nutzung der Kernenergie und insbesondere einer militärischen Nutzung ablehnend gegenüber? Für die ferne Zukunft müsste die Frage der französischen Kernwaffen – wie auch der britischen – sowie ihrer potenziellen Garantie, die sie den europäischen Ländern bietet, grundlegend erörtert werden, denn die deutsche Einschätzung über den Nutzen der französischen Kernwaffen läuft deutlich der Bedeutung zuwider, den die Abschreckung in der Außen- und Verteidigungspolitik Frankreichs einnimmt.

Welche Verteidigung für Europa?

Für die französisch-britische Annäherung wird als Grund auch die wachsende Enttäuschung Großbritanniens – das nie ein Anhänger der Entwicklung

europäischer Fähigkeiten gewesen war – und vor allem Frankreichs darüber genannt, dass Fortschritte der GSVP weitgehend ausbleiben.⁵⁰ Neben den Vertröstungen der europäischen Partner bezüglich ihres Engagements bei der Entwicklung der europäischen Militärpotenziale werden die geringen Erfolge der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA), notwendige Kapazitäten rasch bereitzustellen, hervorgehoben. Noch schlimmer in den Augen der Briten war es, dass dasselbe Phänomen des »free-riding« – auch wenn es altbekannt ist – besonders deutlich im Rahmen der NATO-Einsätze in Afghanistan auftrat: Eine Reihe von Mitgliedstaaten des Bündnisses erbringen nicht die vereinbarten Haushaltsanstrengungen von zwei Prozent des BIP, leisten angesichts ihrer finanziellen oder militärischen Fähigkeiten keinen ausreichenden Beitrag für die Einsätze und überlassen den »ernsthaften« Mitgliedern das Gros der militärischen Einsätze und ihrer Finanzierung.

Nach einem Jahr der Kungeleien und Verzögerungen wurde Ende Dezember 2010 von den Verteidigungs- und den Außenministern Frankreichs, Deutschlands und Polens ein »Brief von Weimar« an die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, verfasst. In diesem Brief verleihen die sechs Minister erneut ihrem Wunsch Ausdruck, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik wiederzubeleben.

Der »Brief von Weimar« nennt eine Reihe von Bereichen, in denen Deutschland, Frankreich und Polen die GSVP in den kommenden Monaten voranbringen möchten:

- ständige Planungseinrichtungen;
- die Verbesserung der Befehls- und Planungskapazitäten auf taktischer Ebene;
- die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Mitgliedstaaten, besonders innerhalb der »Battlegroups«;
- die Stärkung der Rolle der EVA, um neue europäische Rüstungskoperationen zu fördern. Hier entspricht die Wirklichkeit nicht den in der Deutsch-Französischen Agenda 2020 geäußerten Wünschen, und bei diesem Thema haben Deutschland und Frankreich die größten Mühen, ihre Positionen gegenseitig abzustimmen.

Die Veröffentlichung dieses Briefes und mehrere Reaktionen deutscher Verantwortungsträger geben zu verstehen, dass die Notwendigkeit einer Wiederbelebung der GSVP in Berlin gesehen wird und sich diese an die deutsch-schwedische Initiative anschließen solle.⁵¹ Auf Seiten Frankreichs hat der ehemalige Verteidigungsminister Alain Juppé, inzwischen Außenminister, mehrfach seinen Willen betont, die gemeinsamen Bemühungen innerhalb der GSVP wieder in Schwung zu bringen. Er unterstreicht, dass »der französisch-britische Vertrag ein Stein des Bauwerks sein kann und andere Kooperationen nicht ausschließt. Es ist der französische Wille, zusammen mit den Deutschen und den Polen Fortschritte zu erzielen«,⁵² insbesondere mit Blick auf die polnische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011.

Die Idee einer »Europäischen Armee« ist ein Konzept, das in politischen Kreisen in Deutschland mehr und mehr zirkuliert. Ziel ist es, die europäische Verteidigungszusammenarbeit wiederzubeleben, auch wenn Klarheit darüber herrscht, dass dies nicht heißen kann, »dass wir morgen schon eine europäische Armee haben«.⁵³ Die europäischen »Battlegroups« gibt es bereits, doch werden sie nicht eingesetzt aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten über Ziele und Bedingungen ihres Einsatzes. Doch je länger auf einen Einsatz verzichtet wird, desto drängender wird die Frage ihrer Nutzung werden.⁵⁴ Im Rüstungsbereich ist in Zeiten der Sparzwänge Pragmatismus oberstes Gebot, um konkrete Fortschritte zu erzielen: Vorzug für das Prinzip »best value for money« sowie Fortschritte bei gegenseitiger Nutzung und Teilung von Ressourcen helfen sicher, Engagements für symbolische, doch wirklichkeitsfremde Projekte zu vermeiden.

Bei einer Verbesserung der GSVP sollten allerdings zwei Fehler vermieden werden:

- die konzeptionelle Illusion einer »europäischen Armee«, die kurzfristig nicht glaubwürdig sein kann auf Grund fehlender Ressourcen sowie der Uneinigkeit über ihre Einsatzbedingungen;
- ein rein auf Fähigkeiten gerichtetes Vorgehen, das nur schwer die »strukturelle Abrüstung« der europäischen Länder unter dem Deckmantel der

Teilung und gegenseitigen Nutzung militärischer Ressourcen verbergen könnte.

Die Gesamtheit der bilateralen oder multilateralen Kooperationen muss noch konkretisiert werden. Momentan dominieren das Vorpreschen einzelner europäischer Staaten und die Unfähigkeit, sich der Instrumente zu bedienen, mit denen die Union bereits ausgestattet ist. Diese Entwicklungen erscheinen besonders deutlich mit Blick auf die Verankerung der EVA im europäischen Primärrecht (Art. 42, § 3, EU-Vertrag), denn sie bezeugt die Entkopplung der vertraglich festgelegten Bestrebungen der Europäer auf diesem Gebiet von der gegenwärtigen Realität.

Ganz ähnlich müssen sich die neuen Instrumente der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ), ebenfalls im Vertrag von Lissabon eingeführt, der Bewährungsprobe in der Realität stellen. Mit der SSZ hat der Vertrag für die besonders ehrgeizigen Mitgliedsländer ein Instrument für eine vertiefte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklung von Potenzialen und der Durchführung von Einsätzen auf hohem Niveau geschaffen (Art. 42 § 6 und Art. 46 EU-Vertrag). Für eine Teilnahme an der SSZ, die als eine besondere Form verstärkter Zusammenarbeit angesehen werden kann, verpflichten sich die Mitgliedsländer unter anderem, ihre Verteidigungspotenziale zu entwickeln, und sich besonders intensiv an den Arbeiten der EVA und an den europäischen »Battlegroups« zu beteiligen.

Auch wenn der Vertrag einen Ratsbeschluss mit qualifizierter Mehrheit für die Eröffnung der SSZ vorsieht – in Abweichung von der Einstimmigkeit, die gewöhnlich im Rahmen der GASP gefordert wird – ist dieses Instrument, das als die bedeutende Innovation der durch den Vertrag eingeführten Reform angesehen wird, bis jetzt noch immer nicht angewendet worden. Inwiefern kann in diesem Fall, aber auch ganz allgemein im Rahmen der GASP, der Europäische Auswärtige Dienst (EAD), der sich noch immer in der Aufbauphase befindet, ein Heilmittel in Form einer gemeinsamen europäischen Sozialisation der Teilnehmer an der GASP darstellen? Angesichts der gegenwärtig fehlenden Dynamik bleibt dies zumindest fraglich.

Hoffnung auf eine bessere Zukunft?

Verteidigungsfragen stellen für die europäischen Regierungen derzeit keine Priorität dar: Bei Wirtschaft, Finanzen und Haushalt steht sehr viel mehr auf dem Spiel und so beherrschen diese Themen die Agenda. Die Suche nach Übereinstimmung erfordert eine enge Zusammenarbeit und vertiefte Diskussionen, damit europäische Lösungen für die aktuelle Krise gefunden werden. Abgesehen von dieser sich aus den Umständen ergebenden Erklärung ist es beunruhigender, einen gewissen Katzenjammer und ausbleibenden gemeinsamen Willen in einem Politikfeld feststellen zu müssen, das gewiss nicht im Vordergrund steht, aber sehr politisch und symbolisch ist. Man kann die Befürchtung hegen, dass die ungünstigen Rahmenbedingungen, die Haushaltszwänge sowie die tägliche Auseinandersetzung mit den bereits eröffneten Dossiers eine Rückbesinnung auf nationale Positionen zur Folge haben und somit die Umsetzung einer wirklichen Vision oder gemeinsamen Strategie auf dem Gebiet der Verteidigung verhindert wird.

Selbst wenn sich Deutschland und Frankreich eine Wiederbelebung der europäischen Verteidigungs-kooperation zum Ziel setzen, besteht die Gefahr, dass dieser Prozess von anstehenden Wahlen und Haushaltszwängen torpediert wird, die der Entwicklung einen falschen Rhythmus auferlegen. Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich im Jahr 2012 lassen für gemeinsame Initiativen nur wenig Zeit, während die Haushaltsspielräume für die kommenden vier Jahre stark begrenzt sind. Eine Anpassung – nach unten – des französischen Verteidigungshaushalts ist daher zu erwarten, was besonders den Rüstungsbereich betreffen und gewiss die Rüstungs-kooperationen beeinträchtigen wird.⁵⁵

Auf deutscher Seite werden die nächsten Bundestagswahlen im Herbst 2013 stattfinden. Zudem werden im Lauf des Jahres 2011 die Hälfte der Landtage der Bundesländer neu bestimmt, wodurch bereits vor den Präsidentenwahlen in Frankreich 2012 in Deutschland Wahlgesichtspunkte bei politischen Entscheidungen eine bedeutende Rolle spielen dürften. Das Zeitfenster für die Wiederbelebung der Zusammenarbeit dürfte angesichts

der Bundeswehrreform, der Ablösung von Karl-Theodor zu Guttenbergs durch Thomas de Maizière als Verteidigungsminister im März 2011 und die anhaltende deutsche Zurückhaltung auf dem Gebiet der Verteidigung, die sich kürzlich bei der Enthaltung der Bundesrepublik in der Frage des Libyen-Einsatzes gezeigt hat, nur schwer aufrecht zu erhalten sein.

In der Zwischenzeit werden sich die beiden Ministerien im Wesentlichen auf die Umsetzung ihrer eigenen Strukturreformen konzentrieren. Was dabei bereits Minister zu Guttenberg vorgeworfen wurde, war gerade der mangelnde europäische Ehrgeiz, da die Reform der Bundeswehr einzig vom nationalen Standpunkt aus gedacht wurde.⁵⁶ Das französische Ministerium wird sich zweifellos auch auf die Umsetzung der Kooperationsabkommen mit Großbritannien konzentrieren.

Pragmatismus ist gegenwärtig der Königsweg, um Fortschritte zu erzielen. Aus Sicht des »Briefes von Weimar« gehen die beiden Verteidigungsministerien zwar die mögliche Teilung von Fähigkeiten an, ohne aber an den grundlegenden Problemen verfassungsmäßiger, rechtlicher oder politischer Art zu rühren. Doch alle Fortschritte müssen vom politischen Willen auf höchster Ebene unterstützt werden, um umgesetzt zu werden, ansonsten laufen sie Gefahr, beim ersten Anzeichen von Widerstand aus der Verwaltung zu scheitern. Es darf nicht sein, dass sich hinter einem weit verbreiteten Pragmatismus das Fehlen politischen Willens versteckt, der allein einen Kurs vorgeben und die Zusammenarbeit forcieren kann.

Wenn Frankreich und Deutschland trotz der vielen erwähnten Zwänge die ihnen zur Verfügung stehende Zeit optimal nutzen und die aktuelle Blockade ihrer Verteidigungszusammenarbeit überwinden wollen, dann könnten die kommenden Monate dazu genutzt werden, um grundsätzliche Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen und eine zunehmende Konvergenz zwischen Berlin und Paris zu realisieren:

Auf deutscher Seite, wo die Sprunghaftigkeit in Sicherheit- und Verteidigungsfragen ein dauerhaftes Kennzeichen ist, wurde endlich die Durchfüh-

rung einer Strategiediskussion angekündigt, die bisher jedoch nur angestoßen, doch nicht zu Ende geführt worden ist. Die Bundesrepublik muss sich klarer und eindeutiger positionieren – besonders, was ihre multilaterale Ausrichtung und ihre internationale Verlässlichkeit angeht, um die sie sich bemüht. Es bleibt abzuwarten, ob dies letztendlich zu einer aktiveren Politik oder zu weiterer Zurückhaltung führen wird. Doch es ist von entscheidender Bedeutung für die Partner Deutschlands, insbesondere für Frankreich, genau zu wissen, was mit dem deutschen Partner machbar ist und was nicht.

Ebenso müsste sich Frankreich bemühen, trotz der neuen Partnerschaft mit Großbritannien, seiner eigenen Strategie in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik neben seiner europäischen Präferenz eine transatlantische Dimension hinzuzufügen. Im Grunde kann nur ein ausgewogenes euro-atlantisches Engagement, das einen unproduktiven Energieverlust in den Beziehungsstrukturen EU-NATO vermeidet oder zumindest minimiert, eine globale Führungsposition gewährleisten.

Diese in erster Linie nationalen Empfehlungen an Deutschland und an Frankreich sollten endlich zu einer vertieften europäischen Debatte führen, um die Europäische Strategie von 2003, die im Jahr 2008 überarbeitet wurde, genauer zu bestimmen. Durch diese Reflexion könnte definiert werden, welches die Interessen Frankreichs, Deutschlands und der EU in den Gebieten an der Peripherie der EU und darüber hinaus sind; welche zivilen oder auch militärischen Mittel sie für einen Einsatz ins Auge fassen kann und muss; welche die im Voraus festgelegten konkreten Einsatzbedingungen und -regeln der taktischen Einheiten der EU sein werden; und somit welche ständigen Planungs- und Befehlseinrichtungen wirklich aufgebaut werden sollten. Eine derartig überarbeitete Version der EU-Sicherheitsstrategie könnte auch klarere Indikatoren für die Bewertungen und Entwicklung von gemeinsamen Rüstungsprogrammen festlegen. Denn grundsätzlich haben diese Projekte keinen Selbstzweck, trotz zweitrangiger Ziele der Industriepolitik, außer in der Rolle, für die sie entwickelt werden: die Sicherheit und die Verteidigung der Europäischen Union zu gewährleisten.

Andreas Marchetti ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität, Bonn. Louis-Marie Clouet ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa) des Institut français des relations internationales (Ifri), Paris. Sie haben

das gemeinsam von ZEI und Cerfa durchgeführte Forschungsprojekt »Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen« koordiniert, das von der französischen Agence nationale de la recherche (ANR) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert wurde. Übersetzung: Tilmann Chladek.

Anmerkungen

- 1 Für eine kritische Würdigung der schwarz-gelben Regierung bezüglich der außenpolitischen Reibungspunkte trotz der politischen Nähe der Parteien, die sie bilden, vgl. Andreas Marchetti, Hans Stark, D'une coalition à l'autre : la politique étrangère de l'Allemagne, in: Allemagne d'aujourd'hui, Nr. 191, Januar 2010, S. 22–31.
- 2 Die Deutsch-Französische Agenda 2020, Paris, 4.2.2010, <<http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Text-der-Deutsch-Franzosischen,5245.html>> (abgerufen am 18.7.2011).
- 3 Ebd.
- 4 Im Folgenden »Französisch-britischer Vertrag« genannt.
- 5 Die französische und die englische Version sind zu finden unter <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/PSDC_lettre13-12-2010_10-54-41.pdf>.
- 6 Vgl. Ben Jones, Franco-British military cooperation: a new engine for European defence ? (EU ISS Occasional Paper 88), Paris, Februar 2011.
- 7 Streitkräftekommission im Senat, Haushaltsgesetz 2011 Anhörung des Admirals Edouard Guillaud, Vorsitzender des Generalstabs der Streitkräfte am 14.10.2010. Vgl. auch den Text des Vertrags auf Englisch: <<http://www.fco.gov.uk/resources/en/pdf/3706546/3892733/21824849/TrFrance1.2010DefenceSec>>.
- 8 Gespräch mit führenden deutschen Militärs im Januar 2011.
- 9 Zunächst erscheint v. a. Afrika als die Zone, auf die Frankreich und das Vereinigte Königreich mittels der Schaffung einer bilateralen Schnelleingreiftruppe abzielen, aber auch der Nahe Osten und der Kaukasus geraten hier in den Fokus. Demgegenüber bestand zwischen Paris und Berlin mehr Konfrontation als Kooperation, was z. B. die Orientierung der Außenpolitik Richtung Süden (Mittelmeerunion) oder Richtung Osten (Östliche Partnerschaft) betrifft; vgl. Andreas Marchetti, Dorothée Schmid, La politique européenne de voisinage : potentiels d'une « concurrence » franco-allemande, in: Claire Demesmay, Andreas Marchetti (Hrsg.), La France et l'Allemagne face aux crises européennes, Pessac 2010, S. 147–167.
- 10 Vgl. besonders eine spanische Analyse des französisch-britischen Vertrags: Luis Simón, James Rogers, The New Franco-British Entente and European Defence : Implications for Spain (Fundación Alternativas, Opex Memorandum, n° 151), Madrid 2010, S. 2, <http://www.falternativas.org/content/download/16250/462335/version/2/file/151memo_security_defence.pdf> (abgerufen am 26.4.2011).
- 11 Ronja Kempin, Jocelyn Mawdsley, Stefan Steinicke, Abkehr von der GSVP? Französisch-britischer Bilateralismus in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (SWP-Aktuell 81), Berlin, November 2010, S. 4, <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A81_kmp_ste_mawdsley_ks.pdf> (abgerufen am 26.4.2011).
- 12 Präsidentschaft der Republik, Déclaration commune sur la coopération de défense et de sécurité, London, 2.11.2010, <<http://www.elysee.fr/president/les-actualites/declarations/2010/declaration-sur-la-cooperation-de-defense-et-de.9948.html>>.
- 13 Vgl. die Analyse der Operation EUFOR Demokratische Republik Kongo von Denis M. Tull, Die Führung und Beteiligung der Bundeswehr an EUFOR RD Congo, in Stefan Mair (Hrsg.), Auslandseinsätze der Bundeswehr: Leitfragen, Entscheidungsspielräume und Lehren (SWP-Studie, n° 27), Berlin, September 2007, S. 68–77, <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2007_S27_mrs_ks.pdf> (abgerufen am 26.4.2011); und eine Analyse der deutschen Afrika-Politik: Stefan Mair, Denis M. Tull, Deutsche Afrikapolitik: Eckpunkte einer Strategischen Ausrichtung (SWP-Studie 10), Berlin, März 2009, S. 17–18, <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2009_S10_mrs_tll_ks.pdf> (abgerufen am 26.4.2011).
- 14 Vgl. Ronja Kempin, Jocelyn Mawdsley, Stefan Steinicke, op. cit. (Anm. 11), S. 1.
- 15 Vgl. Franz Josef Meiers, La réorganisation de la Bundeswehr : la quadrature du cercle (Note du Cerfa 87), Paris, Juni 2011, <<http://ifri.org/?page=detail-contribution&id=6670>> (abgerufen am 7.7.2011).
- 16 So die Bestimmungen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes vom 18.3.2005.
- 17 Gespräch mit führenden deutschen Militärs, Januar 2011.
- 18 Markus Kaim, L'engagement militaire allemand en Afghanistan : conditions, évaluation, perspectives (Note du Cerfa 76), Paris, Juli 2010, S. 12, <http://www.ifri.org/?page=detail-contribution&id=6125&id_prove-nance=97> (abgerufen am 7.7.2011).
- 19 Vgl. ebd.

- 20 Vgl. ebd.
- 21 Vgl. Aline Leboeuf, *Entre développement et sécurité : les interventions allemandes en crise* (Focus stratégique n°13), Paris, Januar 2009, <http://www.ifri.org/?page=contribution-detail&id=5258&id_provenance=87&provenance_context_id=58>; und Markus Kaim, op. cit. (Anm. 18).
- 22 Besonders die Kundus-Affäre, bei der durch einen Luftangriff über 70 Zivilisten getötet wurden. Hinzu kommen Skandale, die die Bundeswehr betreffen und stark die Position des Verteidigungsministers und darüber hinaus die deutsche Verteidigungspolitik in Mitleidenschaft ziehen.
- 23 Berthold Meyer, *Bundeswehr ohne Wehrpflichtige – Was folgt daraus für die Parlamentsarmee im Einsatz?* (HSFK Report 11), Frankfurt a. M., 2010, <<http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/report1110.pdf>>, S. 24.
- 24 Vgl. Louis-Marie Clouet, *Achats en urgence (AUO) contre programmation. L'efficacité des opérations d'armement en temps de guerre* (Focus Stratégique 15), Paris, März 2009, <http://ifri.org/downloads/Focus_strategique_15_Clouet.pdf> (abgerufen am 26.4.2011).
- 25 Vgl. den Französisch-Britischen Gipfel, *Gemeinsame Erklärung über Zusammenarbeit bei Verteidigung und Sicherheit* (Anm. 5).
- 26 Der Präzedenzfall einer Zusammenarbeit bei Kommunikationssatelliten, das französisch-britische Bimilsatcom, dann um Deutschland auf Trimilsatcom erweitert, hatte mit einem Fehlschlag geendet. Es bleibt abzuwarten, wie weit sich diese Aussicht auf französisch-britische Zusammenarbeit konkretisieren wird und wie weit sie sich anderen Partnern öffnen – oder auch nicht öffnen – können wird, auf die Gefahr hin, dass sie sich erneut komplizieren und Erfolgsaussichten verringern wird.
- 27 Vgl. Alain Ruello, *Drones: Dassault ferme la porte à EADS*, in: *Les échos*, 14.1.2011.
- 28 Die Deutsch-Französische Agenda 2020, op. cit. (Anm. 3).
- 29 Eine vorausgegangene deutsch-französische Arbeitsgruppe aus zwei Beamten und zwei Verantwortlichen aus der deutschen und der französischen Industrie war 2009 geschaffen worden, war aber rasch mit der Feststellung ihres Misserfolgs eingeschlafen.
- 30 Jean-Paul Hébert, *D'une production commune à une production unique?*, in: J.-P. Hébert et J. Hamiot (Hrsg.), *Histoire de la coopération européenne dans l'armement*, Paris 2004, S. 203 f.
- 31 Das französische Haushaltsgesetz 2011 – Anhörung von Laurent Collet-Billon, *délégué général à l'armement*, 3.11.2010.
- 32 Vgl. Marcel Dickow, *Rüstungskooperation 2.0. Notwendige Lehren aus dem A400M-Projekt* » (SWP-Aktuell 36), Berlin, April 2010, S. 3, <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A36_dkw_ks.pdf> (abgerufen am 26.4.2011).
- 33 Ausschuss für Auswärtiges, *Verteidigung und Streitkräfte des Sénat, Haushaltsgesetz 2011 – Anhörung von Laurent Collet-Billon, délégué général à l'armement*, 3.11.2010 : »Wenn die Deutschen ihre Bestellungen vom Tiger von 80 auf 40 reduzieren sollten, hätte das schwerwiegende Konsequenzen für das Programm.«
- 34 Vgl. Jens Flottau, *Bundeswehr spart beim »A400M«*, <<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/militaerflugzeug-bundeswehr-spart-beim-am-1.1050945>>, 25.1.2011.
- 35 Bei einer Kaufabsicht von 73 Flugzeugen konnte sich Berlin als der größte Kunde für den A400M darstellen und somit den Preis, die industrielle Organisation und die Finanzverhandlungen des Vertrags beeinflussen. Es lag auf der Hand, dass die Luftwaffe – die Teilstreitkraft, die bei auswärtigen Einsätzen am wenigsten eingesetzt wird – nicht so viele Transportflugzeuge benötigte, verglichen mit der britischen oder der französischen Luftwaffe. Ihre Transall hatten zweimal weniger Flugstunden aufzuweisen als die französischen Transall, die häufiger für derartige Einsätze verwendet wurden, was nach einer schnelleren Erneuerung der strategischen Transportflotte der französischen Luftwaffe rief. Seit 2006 war die Option von 40+ bestellten Flugzeugen anstelle von 60 als die wahrscheinlichste angesehen worden, abgeleitet aus dem für die deutsche Bestellung vorgesehenen Haushaltsposten.
- 36 Vgl. *Frankreich attackiert Deutschland wegen A400M*, in: *Handelsblatt*, 31.1.2011.
- 37 »Die Streitkräfte erhalten ihre geforderte Ausrüstung zumeist weder im erforderlichen Zeit- noch im geplanten Kostenrahmen«, Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr. Vom Einsatz her denken: Konzentration, Flexibilität, Effizienz, Oktober 2010, S. 36.
- 38 Die Deutsch-Französische Agenda 2020, op. cit. (Anm. 2).
- 39 Selbst nach der Opposition der rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder gegen die amerikanische Intervention im Irak im Jahr 2003.
- 40 Die Deutsch-Französische Agenda 2020, op. cit. (Anm. 2).
- 41 Gespräche mit französischen zivilen und militärischen Entscheidungsträgern im Januar 2011.
- 42 Präsidentschaft der Republik Frankreich, *Erklärung über die Zusammenarbeit bei Verteidigung und Sicherheit*, London, 2.11.2010, op. cit. (Anm. 12).
- 43 Gespräch mit führenden deutschen Militärs, Januar 2011. Vgl. auch die Bestimmungen des »Zwei-plus-Vier-Vertrags«.
- 44 Deutsch-Französische Agenda 2020, op. cit. (Anm. 2), hier auf <<http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Aussen-Verteidigungs-und,5249.html>> (abgerufen am 19.7.2011).
- 45 Der französische Verteidigungsminister Hervé Morin räumt ein, dass »die Abschreckung 20 bis 25% der Rüstungskredite verbraucht«, vgl. seine Äußerungen zum Finanzgesetz 2011 am 12.10.2010 vor dem Streitkräfteausschuss des Senats.
- 46 Vgl. André Dumoulin, *Le paysage nucléaire et les choix français : entre précaution et opportunités*, in: *Politique étrangère* 1/2010, S. 189.

- 47 Vgl. Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, S. 111–112, über <<http://www.cdu.de>>.
- 48 Vgl. Erklärung vom 2.11.2010, a. a. O. (Anm. 12).
- 49 Vgl. Corentin Brustlein, Prolifération et désarmement nucléaires: une influence européenne à optimiser, in: Louis-Marie Clouet, Andreas Marchetti (Hrsg.), L'Europe et le monde en 2020: Essai de prospective franco-allemande, Villeneuve d'Ascq 2011, S. 80.
- 50 Vgl. Ronja Kempin, Jocelyn Mawdsley et Stefan Reinicke, op. cit. (Anm. 11), S. 3.
- 51 Vgl. den Kommentar von Staatsminister Werner Hoyer, Ein Aufbruch tut Not, in: Financial Times Deutschland, 7.2.2011.
- 52 Interview mit dem Verteidigungsminister, Alain Juppé, in: Le Monde, 19.1.2011.
- 53 Rede von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 4.2. 2011 (Zusammenfassung: <http://www.bmvg.de:80/portal/a/bmvg/lut/p/c4/NYuxDsIwDET_KE6YKraiCokFmI CypWmUGpo4ct2y8PEkA3fSG-7p4AmlyW4YrCAIO8MDeof74aOGuAX1opXLqhZ0k-fJjoyyZZhR8w71eR68cJS-V4pNgYWAxCoTy1zNylyMwhF6bbqDNvof8226a3trtNmdzscL5BjbHyI0odM!/>).
- 54 Vgl. Claudia Major, Christian Mölling, EU-Battlegroups. Bilanz und Optionen zur Weiterentwicklung europäischer Krisenreaktionskräfte (SWP-Studie 22), Berlin, August 2010, S. 23.
- 55 Vgl. Streitkräfteausschuss des Senats, Finanzgesetz 2011 – Anhörung von Admiral Edouard Guillaud, Chef des Generalstabs der Streitkräfte, am 14.10.2010; Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und der Streitkräfte, Senat, Finanzgesetz 2011 – Anhörung des Verteidigungsministers Hervé Morin, am 12.10.2010: »[...] nach 2013 wird die Haushaltslage schwieriger [...] Im Zeitraum von 2013 bis 2020 könnte der Unterschied zu den Vorhersagen des militärischen Programmgesetzes etwa 20 Milliarden Euro betragen, was unser Streitkräftemodell in Frage stellen könnte.«
- 56 Vgl. Quentin Peel, James Blitz, A man on a mission, in: Financial Times, 1.2.2011, S. 9.